



1. Oktober 2021

Beschluss des Bundesvorstandes und Hauptausschusses

Kommunale Leitplanken für die Union

CDU und CSU stellen die meisten kommunalen Amts- und Mandatsträger der im Bundestag vertretenen Parteien. Wir brauchen einen neuen kommunalfreundlichen bundespolitischen Kompass und kommunale Leitplanken der Union:

1. Subsidiarität und Konnexität:

Geld muss dauerhaft und dynamisch der Aufgabe folgen. Bestehende Leistungsgesetze müssen auf den Prüfstand.

2. Dezentralisierung und Struktur stärken:

Bundesbehörden verschlanken und in strukturschwache Räume verlagern.

3. Transparenz und entbürokratisieren:

Öffentliche Zuschüsse, Fördermittel und Finanzströme online nachvollziehbar machen und Förderprozesse vereinfachen, digitalisieren und papierlos abwickeln.

4. Innenstädte und Ortskerne aktivieren:

Mit Städtebauförderung und Innenstadtfonds zusätzlich 2,5 Mrd. Euro bereitstellen.

5. Mischfinanzierungen und Mischzuständigkeiten abbauen:

Grundgesetzänderungen nur wenn Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klarer werden.

6. Individuelle Rechtsansprüche von den Verursachern finanzieren:

Bund und Länder dürfen nur Leistungsgesetze ausweiten, die sie zu 100% vollumfänglich finanzieren.

7. Klima:

Soziale Marktwirtschaft endlich um den ökologischen Aspekt erweitern. Nachhaltigkeit und Klimaneutralität gelingen mit dem Markt.

8. Ressourcenschutz:

Wer Stoffe und Waren in Umlauf bringt, muss für die Verwertung bzw. die Behandlung verantwortlich sein. Das Verursacherprinzip muss auch unter den Bedingungen der Globalisierung gelten.

9. Energie:

Mit Technologieoffenheit und Innovationsfreudigkeit den Industriestandort sichern.

10. Daseinsvorsorge:

Marktmechanismen scheitern bei der Daseinsvorsorge. Wettbewerb, dort, wo er sinnvoll ist, im Betrieb, aber Infrastruktur in öffentliche Hände. Glasfaser flächendeckend ausbauen.

11. Mobilität:

Stadt und Land brauchen unterschiedliche angepasste Mobilitätskonzepte. ÖPNV und Individualverkehr sicherstellen.

12. Kommunale Beteiligungen sicherstellen:

Programmarbeit und mögliche Koalitionsverhandlungen müssen einem Kommunalcheck standhalten. Nur über die Rathäuser gelingt Volkspartei. Sollte es zu Koalitionsverhandlungen kommen, muss mindestens ein Kommunalr in jedem Verhandlungsteam und jeder Arbeitsgruppe vertreten sein.